

## Statement – Es gilt das gesprochene Wort!

### Pressekonferenz zum handwerkspolitischen Aschermittwoch des niedersächsischen Handwerkstages (NHT) 05.03.2025

#### Statement von NHT-Geschäftsführerin Dr. Hildegard Sander

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zur traditionellen Aschermittwochs-Presskonferenz:

- 10 Tage nach der Bundestagswahl und
- nach politisch turbulenten und kontroversen Debatten – wie zuletzt am Freitag letzter Woche.

#### Uns stellen sich folgende Fragen:

- Wie wird Deutschland sich aufstellen?
- Wie werden sich die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft insgesamt entwickeln?
- Worauf wird sich das Handwerk einstellen müssen oder können?

Das Handwerk hat bundesweit seine Positionen abgestimmt und gemeinsam im Wahlkampf vertreten. Der “25 für 25 Flyer” auf unserem Tisch gibt einen Überblick. Wir setzen darauf, dass dem Handwerk eine angemessene Bedeutung im gesamtpolitischen Rahmen zukommen wird.

An der diesjährigen traditionellen Blitzumfrage zum heutigen, handwerkspolitischen Aschermittwoch haben sich **über 1.300 Betriebe** aus den verschiedensten Bereichen des Handwerks beteiligt. Eine gute Resonanz! Sie zeigt, dass politische Themen die Unternehmen stark beschäftigen und sie den Wunsch haben, gehört zu werden.

Kommen wir

## I. Zunächst zur wirtschaftlichen Lage im Handwerk

### Die eingeblendete Grafik zeigt die Ergebnisse unserer Blitzumfrage im Januar 2025:

Die Lage im niedersächsischen Handwerk gestaltet sich bis dato weitgehend robust:

Knapp 77 Prozent der Betriebe bewerten ihre Lage zum Jahresstart als „gut“ oder „befriedigend“. Das zeigt, die wirtschaftliche Gesamtverfassung kann weiterhin als noch solide eingestuft werden.

## Statement – Es gilt das gesprochene Wort!

Allerdings hat sich in den letzten beiden Jahren, d.h. im Vergleich zu 2023 der Anteil der negativen Rückmeldungen auf 23 Prozent fast verdoppelt. Der Block der roten, negativen Rückmeldungen wächst.

Das muss uns umtreiben!

Das Stimmungsbarometer für die nächsten Monate ist kein Anlass zur Entwarnung. Der Anteil der Unternehmen:

- die zum Jahresstart mit über 40 Prozent eine weitere Verschlechterung erwarten, überwiegt deutlich,
- gegenüber den knapp 7 Prozent, die optimistisch in die Zukunft schauen.

Damit ist, wenn sich nichts tut, eine weitere deutliche Abkühlung des Konjunkturbarometers vorprogrammiert.

Die neue Bundesregierung muss sich schnell finden und im Rahmen der Koalitionsvereinbarung ihren Weg zur wirtschaftlichen Erholung aufzeigen und konsequent verfolgen. Jetzt müssen klare politische Signale von der Bundesebene kommen.

Was sind aus Sicht der über 1.000 befragten Betriebe des Handwerks die erforderlichen politischen Schwerpunkte der neuen Bundesregierung?

## II. Erforderliche politische Schwerpunkte der neuen Bundesregierung aus der Sicht des niedersächsischen Handwerks

**Die eingeblendete Grafik zeigt die Ergebnisse unserer Blitzumfrage:**

### 1. Wirtschaftspolitik:

Der Top-Handlungsschwerpunkt liegt aus der Sicht des Handwerks in der Wirtschaftspolitik. Von den 1.300 Betriebsrückmeldungen gaben **95 Prozent** – also fast die **komplette** Grundgesamtheit – an, dass die nächste Bundesregierung einen besonderen Fokus auf die Wirtschaftspolitik legen soll. Den Betrieben ist sehr klar, dass sich erst durch eine starke Wirtschaft alle anderen politischen Schwerpunkte finanzieren und gestalten lassen.

Dazu werde ich später konkreter!

## **Statement – Es gilt das gesprochene Wort!**

### **2. Bildungspolitik**

Das Handwerk hat eine hohe Bildungsaffinität. Alles, was in der Bildung nicht richtig läuft, fällt uns nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch gesellschaftspolitisch auf die Füße.

Bildung ist der wertvollste Rohstoff in unserem ansonsten rohstoffarmen Land. Es verwundert nicht, dass zwei Drittel der niedersächsischen Handwerksbetriebe an dieser Stelle einen Schwerpunkt gesetzt haben möchten. Denn Bildungspolitik wird von vielen Handwerkerinnen und Handwerkern als die nachhaltigste Sozialpolitik eingestuft.

Dabei muss endlich eine Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung festgeschrieben werden. Die CDU/CSU hat hier in ihrem Wahlprogramm Ansätze geliefert und hat an dieser Stelle nach der Wahl die reale Möglichkeit, das auch in Angriff zu nehmen.

Wir gehen davon aus, dass die Koalitionspartnerin am gleichen Strang ziehen wird.

### **3. Zuwanderungs- und Integrationspolitik**

Das Handwerk ist offen für eine gezielte Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Fast 60 Prozent erwarten von der neuen Bundesregierung, dass dieses Politikfeld einen Schwerpunkt darstellt. Die grundsätzlich große Offenheit des Handwerks hat historische Wurzeln.

Zum einen wurde bereits im Spätmittelalter mit den Wanderjahren der Gesellen, der sog. Walz, ganz bewusst der Kontakt zu fremden Orten, fremden Kulturen und neuen Arbeitsinstrumenten und Arbeitsweisen gesucht. Noch heute sehen wir von Zeit zu Zeit Wandergesellen und -gesellinnen.

Zum anderen war und ist das Handwerk schon immer ein Integrationsmotor. Leider werden Zahlen zu den Beschäftigten mit Migrations- oder Fluchthintergrund im Handwerk nicht gesondert erfasst. Schätzungen für einzelne Gewerke auf Basis des Mikrozensus gehen aber von 40 Prozent im Hochbau, 60 Prozent im Reinigungsgewerbe und 20 Prozent im Sanitär, Heizungs- und Klimahandwerk aus.

Von den Auszubildenden verfügten ca. 13 Prozent über keine deutsche Staatsangehörigkeit. Dieser Indikator unterschätzt allerdings den tatsächlichen Anteil, da viele Auszubildende mit Migrationsgeschichte eine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Insgesamt sind unsere Kolleginnen und Kollegen mit Wurzeln in anderen Ländern für unsere Wirtschaft und Gesellschaft unverzichtbar.

## Statement – Es gilt das gesprochene Wort!

Kommen wir zur Ausgangsfolie zurück und damit zur viel diskutierten Sicherheitspolitik.

### 4. Sicherheitspolitik

Neben der gezielten Zuwanderungs- und Integrationspolitik spielt für das Handwerk nicht zuletzt mit 54 Prozent der Rückmeldungen gleichzeitig die Sicherheitspolitik eine besondere Rolle. Das Handwerk erwartet, dass die neue Bundesregierung an dieser Stelle ebenfalls einen Schwerpunkt setzt. Ein mangelndes Sicherheitsgefühl führt bei allen zu Vertrauensverlusten in die staatliche Handlungsfähigkeit. Hier braucht es klare Signale an vielen Stellen.

Inwieweit sich an dieser Stelle nach der Kontroverse vom Freitag eine noch größere Gewichtung dieses Schwerpunktthemas ergeben hätte, können wir mit dieser Umfrage, die im Januar durchgeführt wurde, nicht abbilden.

Auf die anderen Politikfelder möchte ich an dieser Stelle nicht vertieft eingehen. Nur so viel: Das Handwerk sieht den großen Handlungsbedarf in der Innenpolitik. Als binnenwirtschaftlich ausgerichteter Wirtschaftsbereich setzen wir auf gute Rahmenbedingungen für alle Unternehmen am Standort Deutschland. Eine starke Innenpolitik ist in der Folge die beste Basis für eine starke Rolle in der Außenpolitik.

Es stellt sich die Frage: Welche wirtschaftspolitischen Herausforderungen sieht das niedersächsische Handwerk? Was sind seine Erwartungen?

### III. Wirtschaftspolitische Herausforderungen des niedersächsischen Handwerks - Was sind die Erwartungen?

Es wundert inzwischen nur noch wenig:

**Platz 1 – Bürokratie: Die Nerven der Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber sind sehr angespannt. Bürokratie bleibt mit Abstand die größte Herausforderung.**

In diesem und bereits im letzten Jahr wurden die bürokratischen Belastungen als trauriger Spitzenreiter im Ranking benannt. Ca. 80 Prozent der befragten Unternehmen sahen und sehen hierin die größte Herausforderung.

Bis heute hat sich an diesem Wert nichts geändert. Allen Lippenbekenntnissen zum Trotz, scheint bei den Unternehmen unter dem Strich bisher nicht viel anzukommen.

Das angekündigte Prinzip „One-in-Two-out“ der CDU/CSU klingt zunächst gut. Das Thema zur Chefsache im Bundeskanzleramt zu machen, klingt zudem vielversprechend. Das Land Niedersachsen hat das Thema ebenfalls offensiv auf seine Agenda gesetzt.

## **Statement – Es gilt das gesprochene Wort!**

Auch auf europäischer Ebene scheinen die Zeichen der Zeit verstanden worden zu sein. Die geplanten Anpassungen in der Nachhaltigkeitsberichterstattung sind dafür nur ein Beispiel.

Wir hoffen nunmehr, dass für unsere Betriebe ein fühlbarer Bürokratieabbau tatsächlich auf den Weg gebracht wird. Eine Lockerung des bürokratischen Korsetts muss jetzt erfolgen.

**Die Forderungen liegen seit Jahren auf dem Tisch: Runter mit Berichtspflichten, Verzicht auf kleinteilige Vorgaben, Schaffung moderner digitaler Verwaltungsabläufe!**

Auf

**Platz 2** – stehen die **Steuer- und Sozialabgaben: Die Belastungsgrenze der Unternehmen und ihrer Beschäftigten ist erreicht.**

65 Prozent der befragten Betriebe empfinden inzwischen diese Belastungen wieder als große Herausforderung. Der Indikator verzeichnet im Vergleich zum Vorjahr eine **drastische** Steigerung um 9-Prozentpunkte.

Speziell die Sozialabgaben treffen personal- und arbeitsintensive Wirtschaftsbereiche hart. Der Gesamtsozialversicherungsbeitrag ist mittlerweile auf rund 42 Prozent gestiegen und eine Besserung ist nicht in Sicht. Das 40-Prozent-Ziel muss zwingend erreicht werden – es ist erfreulicherweise auch im Wahlprogramm der Parteien verankert, die mit der Regierungsbildung beauftragt wurden.

**Vom Brutto muss mehr netto bleiben und die Überforderung arbeitsintensiver Wirtschaftsbereiche mit Sozialabgaben muss ein Ende haben.**

Auf

**Platz 3** – im Ranking stehen die **Energiekosten**: An dieser Stelle hat es eine leichte Entschärfung der Problemlage gegeben, aber der Druck bleibt hoch.

Ein energiepolitisches Gesamtkonzept, das eine wettbewerbsfähige, bezahlbare und zugleich sichere Energieversorgung gewährleistet, ist notwendig.

**Es müssen alle Wirtschaftsbereiche von Energiekosten entlastet und damit der Standort Deutschland wieder wettbewerbsfähig gemacht werden.**

## **Statement – Es gilt das gesprochene Wort!**

Als weitere große Herausforderung auf

**Platz 4** – wird die **Fachkräftegewinnung** gesehen: **Jeder Ausbildungsplatz und jede offene Stelle, die nicht besetzt werden kann, bremst das Wirtschaftswachstum.**

Fast 55 Prozent der befragten Unternehmen meldeten zum Jahresstart, dass die Suche nach Fachkräften schwierig ist. 45 Prozent der befragten Betriebe konnten im vergangenen Jahr die zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze nicht vollständig besetzen.

Wir können es uns nicht erlauben, dass so viele junge Menschen ohne Ausbildungs- und Studienabschluss den Arbeitsmarkt nicht im Sinne ihres Potenzials erreichen und stärken können – auch in ihrem eigenen Sinne.

Unsere Vorschläge an die niedersächsische Landesregierung liegen im Kultusministerium auf dem Tisch. Deshalb an dieser Stelle nur in Stichworten:

- Flächendeckender, benoteter Werkunterricht bereits an den Grundschulen,
- verpflichtende Berufsorientierung an allen weiterführenden Schulen, die neben Studienempfehlungen auch Ausbildungsberufe umfasst und insbesondere auch zu Karrierewegen der beruflichen Bildung im Handwerk informiert,
- lückenlose Laufbahnerfassung über eine SchülerID,
- Attraktivitätssteigerung über ein Azubi-Ticket und über Azubi-Wohnen und nicht zuletzt
- eine gezielte Ansprache von Studienabbrecher\*innen im Sinne eines Spurwechsels in die berufliche Bildung.

Wir erwarten, dass die neue Bundesregierung die Bildungsanstrengungen der Länder unterstützt!

Im Zuge der offenen Antwortmöglichkeiten unterstreichen die zahllosen Kommentierungen den Handlungsdruck.

**Die eingblendete Grafik zeigt nur einen Teil der O-Töne der Betriebe.**

Jetzt ist die Zeit zu machen! Es darf nicht lange taktiert werden. Das Handwerk ist bundesweit gespannt auf die Koalitionsvereinbarungen und die nächsten Schritte der neuen Bundesregierung! Jetzt haben es die gewählten Parteien in der Hand.

Vielen Dank!